

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Harald Leibrecht, Rainer Funke, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Zukunft für Tschetschenien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag ist erschüttert von den furchtbaren Geiselmorden in Beslan und der jüngsten Terrorserie in Russland. Der Deutsche Bundestag trauert um die Opfer und mit ihren Angehörigen. Unsere Solidarität gilt allen Menschen in Nordossetien und ganz Russland, die von Terroranschlägen betroffen sind und sich täglich davon bedroht fühlen. Der Terroranschlag von Beslan ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Terroristen haben die zivilisatorischen und menschlichen Mindeststandards in nicht vorstellbarer Weise unterschritten, indem sie wehrlose Schüler als Geiseln nahmen und flüchtenden Kindern in den Rücken schossen. Mit solchen Verbrechen verbietet sich jeglicher Dialog.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Angebot der Bundesregierung zu logistischer und medizinischer Hilfe an die russische Regierung. Er begrüßt zudem ihren Willen, mit Russland intensiv bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten. Der Deutsche Bundestag betont, dass dieser Kampf mit Augenmaß geführt werden muss. Im Kampf gegen den Terrorismus müssen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht strikt eingehalten werden, um sich nicht durch die Wahl falscher Mittel auf eine Stufe mit den Verbrechern zu stellen. In Tschetschenien jedoch haben von Seiten der russischen Militärs in der Vergangenheit schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen stattgefunden. Dem Krieg sind seit 1999 über 100 000 Menschen zum Opfer gefallen, die Stadt Grosny wurde vollständig zerstört, ein großer Teil der Dörfer wurde dem Erdboden gleichgemacht. Zahllose Zivilisten wurden ermordet, gefoltert, deportiert oder vertrieben. Allein 2002 wurden fast 6 000 Zivilisten, hauptsächlich Kinder, Opfer abgeworfener Landminen. Die tschetschenische Gesellschaft ist mit diesem Krieg weitgehend zerstört und in Teilen durch das erfahrene Trauma brutalisiert worden. Das hat zur Ausbreitung und Verschärfung des tschetschenischen Terrorismus beigetragen.

Der Einfluss islamistischer Terroristen im Nordkaukasus und auf den Konflikt in Tschetschenien zeigt, dass die Dimension des Konflikts mittlerweile über eine innere Angelegenheit Russlands hinausgeht. Der islamistische Terrorismus, der sich als Netzwerk um den Kern von El Qaida organisiert hat, versucht systematisch, die Südgrenze der GUS-Region zu zersetzen. Nachdem die Terrorgruppen Afghanistan als Basis weitgehend verloren haben, bietet der ungelöste und unkontrolliert eskalierte Konflikt in Tschetschenien nun einen neuen Angriffspunkt. Von hier aus wollen Islamisten die gesamte Kaukasus-Region, die von zahlreichen ungelösten Konflikten durchzogen ist, destabilisieren. Ziel scheint nicht nur die ideologische Herrschaft zu sein, sondern die politische Schwächung von Gesellschaften und Staaten, um im entstandenen Chaos machtpolitisch Zugriff auf strategische Rohstoffe in Arabien und Zentralasien zu erlangen, den Westen zu erpressen und einen allgemeinen Krieg der Kulturen zu provozieren. Dadurch ist auch unsere eigene Sicherheit unmittelbar berührt.

Möglich wird diese Ausweitung der Gewalt auch durch den ungelösten und eskalierten Konflikt in Tschetschenien. Als Bedrohung auch der regionalen Sicherheit erfordert er ein aktives Engagement der Staatengemeinschaft, um Russland und die tschetschenische Gesellschaft vom Weg einer friedlichen Konfliktlösung zu überzeugen. Denn: Der Kampf gegen den Terrorismus kann mit militärischen Mitteln nicht gewonnen werden. Neben einem intensiven Dialog mit der arabisch-islamischen Welt kommt der gerechten Lösung von Regional- und Lokalkonflikten eine herausragende Bedeutung zu. Nur so lässt sich die Rekrutierungsbasis der Terroristen verkleinern. Dies betrifft auch den Tschetschenienkonflikt. Der Deutsche Bundestag fordert alle beteiligten Kräfte, insbesondere die russische Regierung auf, nach einer politischen Lösung zu suchen, die von der tschetschenischen Bevölkerung akzeptiert und aktiv mitgetragen wird. Solange die russische Politik in Tschetschenien auf Gewalt gegen große Teile der Bevölkerung baut, einschließlich schwerer Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte und paramilitärische Banden, wird sich die Gewaltspirale weiterdrehen und werden terroristische Gruppen neuen Zulauf bekommen. Auch die alltägliche Diskriminierung und Schikanierung von Tschetschenen und „Kaukasiern“ in Russland muss aufhören. Der Deutsche Bundestag fordert die Menschen in Tschetschenien und die tschetschenischen Flüchtlinge ihrerseits auf, offen für politische Lösungen zu sein. Damit wird auch dem Terrorismus der Boden entzogen. Terroranschläge entziehen dem Kampf für Eigenständigkeit und Demokratie Legitimation, Glaubwürdigkeit und Sympathie und fügen so der tschetschenischen Sache Schaden zu.

Die bisherige russische Politik war nicht geeignet und in der Lage, den Kaukasus zu befrieden. Die von Präsident Wladimir Putin angekündigten Maßnahmen zur weiteren Formierung des russischen Zentralstaates, der weiteren Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit und der demokratischen Strukturen sind der falsche Weg und verbauen die Chance auf demokratische Entwicklungen in der russischen Föderation. Sie werden außerdem massive negative Auswirkungen auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Russland haben. Diese Maßnahmen sind durch das schreckliche Geschehen von Beslan weder zu begründen noch zu rechtfertigen.

Die undemokratischen Präsidentschafts-„Wahlen“ waren eine Farce.

Der Deutsche Bundestag ist zudem besorgt über den Vorschlag, das Moratorium zur Vollstreckung der Todesstrafe aufzuheben. Gleichmaßen mit Sorge erfüllt uns die Ankündigung von „Präventivschlägen gegen Terroristenlager (...) in jeder beliebigen Region“ seitens des russischen Generalstabschefs.

Dem Deutschen Bundestag ist bewusst, dass eine verstärkte Autonomie Tschetscheniens in den Jahren 1997 bis 1999 ebenfalls nicht die Lösung gebracht hat. Der frei gewählte tschetschenische Präsident Aslan Maschadow verlor zunehmend die Kontrolle. Politische Radikalisierung, Entführungen, Erpressungen

und Morde nahmen in erschreckendem Maße zu und drohten auf die Nachbarrepubliken überzugreifen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in ihrem Dialog mit der Regierung von Wladimir Putin weiterhin darauf zu drängen, dass

1. bei der Bekämpfung des Terrorismus die Grundlagen des Völkerrechts und die Menschenrechte nicht weiter verletzt werden;
2. sorgfältig zwischen potenziell handlungsbereiten Separatisten einerseits und Terroristen andererseits unterschieden wird und alle Möglichkeiten des Dialoges mit politischen Gruppen genutzt werden;
3. mit einer Geste des Vertrauens und der Versöhnung gegenüber der tschetschenischen Bevölkerung ein neuer Weg zur Lösung der Probleme im Kaukasus eingeschlagen wird;
4. alle Vertreter der russischen Staatsorgane, insbesondere der Armee und der Geheimdienste, in Tschetschenien auf die strikte Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet werden und Verbrechen, die von Vertretern staatlicher Organe begangen werden, in öffentlichen Verfahren aufgeklärt sowie Schuldige verurteilt werden;
5. dringend die Unterbringungsmöglichkeiten und der Zugang zu humanitärer Hilfe für tschetschenische Flüchtlinge innerhalb und außerhalb Tschetscheniens wesentlich verbessert werden sowie auf die Ausübung jeglichen Zwanges auf tschetschenische Flüchtlinge zur Rückkehr nach Tschetschenien verzichtet wird;
6. russischen und ausländischen Journalisten ungehinderte Berichterstattung aus Tschetschenien ermöglicht wird;
7. die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigerinnen, Menschenrechtsverteidigern und die Repressionen gegenüber russischen NGOs eingestellt werden;
8. der OSZE die Rückkehr ihrer Beobachter-Mission und konstruktive Unterstützung bei ihrer Arbeit angeboten wird;
9. die für Anfang 2005 geplanten tschetschenischen Parlamentswahlen nach internationalen Standards vorbereitet und durchgeführt werden sowie internationale Wahlbeobachtung ermöglicht wird;
10. die Idee eines vom Europarat moderierten „Strasbourg Round Table“ zum Gedankenaustausch mit politischen Parteien und Politikern aus der Tschechenischen Republik aufgegriffen wird;
11. jede Lösung des Tschetschenien-Konflikts nur mit Zustimmung und nicht gegen den Willen der tschetschenischen Bevölkerung erfolgreich sein kann.

Der Deutsche Bundestag stellt ferner fest:

Die Europäische Union ist der wichtigste Handelspartner der Russischen Föderation, sie ist auch der größte Geldgeber für humanitäre Hilfe in Tschetschenien. Nach der Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Mitglieder ist ihre Rolle noch gewachsen. Dieses Gewicht kann sie stärker nutzen. Die Europäische Kommission kommt selbst zu der Diagnose, dass es der europäischen Politik an Kohärenz, Koordinierung und auch klaren Worten gegenüber der russischen Regierung fehlt.

In Anbetracht der destabilisierenden Auswirkungen des Tschetschenien-Konfliktes für die ganze Kaukasus-Region fordern wir die EU auf, diese Defizite zu beheben und im Rahmen ihrer neuen Nachbarschaftspolitik endlich eine gemeinsame tragfähige Strategie für den Kaukasus zu entwickeln. Nur so hat

auch ihre Stabilisierungspolitik für Georgien eine Chance zu greifen. Das ist umso wichtiger als die EU die Schaffung eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, Sicherheit und Justiz mit Russland anstrebt, in dessen Rahmen etwa auch Kooperation in Fragen der Grenzsicherung und Migration vorgesehen sind. Die EU hat sich strategische Ziele wie ethische Normen gesetzt, die es jetzt konstruktiv in konkrete Politik umzusetzen gilt. Dazu gehört es, Finanzhilfen an striktere Konditionen zu binden.

Entscheidend wird sein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten einheitlich agieren und sich gegenüber der russischen Regierung nicht auseinanderdividieren lassen. Denn nur gemeinsam lässt sich politischer Einfluss wirksam ausüben. Dazu wird auch die dringend notwendige weitere Harmonisierung der europäischen Außenpolitik einen wichtigen Beitrag leisten.

Hilfreich für den nötigen Wechsel in der Kaukasuspolitik könnte eine Strategie der Vertrauensbildung, Befriedung und Versöhnung der Völker im Kaukasus im Rahmen eines „Stabilitätspakts für den Kaukasus“ zwischen Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan sein, der von der Europäischen Union gestützt wird. Der Deutsche Bundestag fordert die EU auf, ihre Politik für den Kaukasus in diesem Sinne zu überprüfen.

Der Deutsche Bundestag unterstützt den Europarat bei seiner ausgezeichneten Berichtstätigkeit sowie bei den fortgesetzten Bemühungen, Russland als Mitglied des Europarates zu einer politischen Lösung des Tschetschenien-Konflikts zu bewegen. Er ermutigt die OSZE dazu, wieder eine aktivere Rolle zu spielen. Voraussetzung wäre die Rückkehr von ständigen OSZE-Beobachtern nach Grosny.

Der Deutsche Bundestag ruft die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu auf,

1. in Russland gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um unter Wahrung der Menschenrechte gegen den internationalen Terrorismus vorzugehen;
2. im Rahmen ihrer Partnerschaft mit Russland auf Fortschritte bei der politischen Lösung der Tschetschenien-Frage zu drängen und mit der russischen Seite einen kritischen Dialog über Demokratie und Menschenrechte zu führen;
3. die Idee eines „Stabilitätspakt für den Kaukasus“ gemeinsam mit Georgien, Armenien, Aserbaidschan internationalen Organisationen wie UN, OSZE, Europarat sowie internationalen Finanzinstitutionen wie der „Osteuropabank“ (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)) und der Weltbank aufzugreifen und Russland eine entsprechende Zusammenarbeit anzubieten mit dem Ziel, politische Lösungen und wirtschaftlichen Wiederaufbau im Kaukasus im Rahmen einer internationalen Anstrengung voranzubringen;
4. den tschetschenischen Flüchtlingen ein Bleiberecht zu gewähren und keine Abschiebungen nach Russland durchzuführen, weil aufgrund der Diskriminierung von Tschetschenen in Russland keine Binnenfluchtmöglichkeit besteht;
5. eine Energiepolitik zu betreiben, die unsere Abhängigkeit vom Erdöl beseitigt.

Der Deutsche Bundestag unterstützt UN-Generalsekretär Kofi Annans Appell an Russland vom 9. September 2004, in dem es heißt: „Er muss Mittel und Wege finden, um den Terrorismus wirksam zu bekämpfen, aber es ist ebenso notwendig, dass damit nicht die Grundsätze des Rechts und der grundlegenden Menschenrechte untergraben werden.“ Der Deutsche Bundestag wird daran mitwirken, dass ein Dialog der Kulturen einen Kampf der Kulturen verhindert.

Berlin, den 19. Oktober 2004

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion